

EEE: Ennepe-Ruhr Erklärung für Erneuerung

Die Unterzeichner*innen dieser Erklärung lehnen es ab, dass die SPD Teil einer erneuten Großen Koalition im Bund wird. Der Beschluss des letzten Bundesparteitags, Gespräche mit der CDU/CSU „ergebnisoffen“ zu führen, steht im Widerspruch zu der Aufgabe, die Partei programmatisch, personell und organisatorisch zu erneuern. Wir fordern daher ein klares, öffentliches Bekenntnis des SPD-Unterbezirks Ennepe-Ruhr sowie seiner Mandatsträger gegen eine Regierungsbeteiligung der SPD in der aktuellen 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Nach dem historisch schlechten Abschneiden der SPD bei der letzten Bundestagswahl lautete die unmissverständliche Botschaft, die SPD müsse sich erneuern. Diese Erneuerung ist überlebensnotwendig. Es geht um nichts Geringeres als um die „Existenz“ (Martin Schulz) der SPD. Dieser Erneuerungsprozess droht nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche abzubrechen. Faktisch läuft es unter dem öffentlichen Druck der „staatspolitischen Verantwortung“ darauf hinaus, Politik so weiter wie bisher zu betreiben. Mit der Entscheidung, die Tür wieder für die Große Koalition zu öffnen, droht der Partei der Verlust weiteren Vertrauens. Viele Bürger*innen glauben ihr immer weniger, dass sie das, was sie ankündigt, umsetzt. Das war im Wahlkampf mit dem Schwerpunkt „Soziale Gerechtigkeit“ bereits der Fall und setzt sich jetzt fort: Zunächst wird vollmundig angekündigt, in keine große Koalition einzusteigen. Kurz danach wird der Weg in diese Richtung geöffnet. Kurzum: Die Lage der SPD ist dramatisch. Ihr vollständiger Abstieg, wie der ihrer Schwesterparteien in unseren Nachbarländern, ist nicht ausgeschlossen.

Daher rufen wir dazu auf, eine erneute Große Koalition zu verhindern:

- Die SPD hat in den letzten 20 Jahre durch ihre neoliberale Politik und als Juniorpartnerin in der Großen Koalition einen enormen Vertrauensverlust ihrer Wähler*innen erlitten.
- Eine Erneuerung der Partei und zugleich Teil der Großen Koalition zu sein, schließen sich aus.
- Die Große Koalition verhindert eine Erneuerung der Partei. Im Bündnis mit CDU/CSU kann die SPD keine überzeugende Alternative zum Neoliberalismus entwickeln. Regierungshandeln als Juniorpartner in einer Koalition und die Schärfung des eigenen Profils schließen sich aus.
- Eine große Koalition eröffnet keinen Weg zu einem sozial-ökologischen Politikwechsel.
- Die SPD muss wieder Mobilisierungspotential für Interessen der Menschen in unserem Land entfalten, die nicht in dem Maße vom aktuellen wirtschaftlichen Aufschwung profitieren, wie es in einer sozialen Marktwirtschaft der Fall sein sollte. Das ist in einer GroKo nicht möglich.
- Zur Wiedererlangung von Glaubwürdigkeit gehört es, die Fehler der Vergangenheit klar zu benennen. Als Regierungspartner der CDU ist das ausgeschlossen.
- Notwendig ist ein Bekenntnis zu öffentlichen Investitionen, die CDU/CSU-Politik der Schuldenbremse und der schwarzen Null steht dazu im klaren Widerspruch.
- Die Austeritätspolitik der letzten Jahre hat die auseinanderstrebenden Kräfte in der EU gestärkt und nationalistische Entwicklungen gefördert. Eine GroKo würde auch hier nicht den grundlegenden Politikwechsel für ein soziales Europa ermöglichen.
- Die GroKo macht die autoritär-völkische AfD zur größten Oppositionsfraktion im Bundestag. Sie würde immer im Anschluss der Regierungserklärung als erste Fraktion die Bühne des Parlaments erhalten. So kann man die Rechtsentwicklung nicht stoppen.
- Mit der CDU/CSU ist eine humanitäre Flüchtlings- und Migrationspolitik nicht zu verwirklichen genauso wie ein modernes Einwanderungsgesetz, das legale Migrationswege etwa für qualifizierte Fachkräfte eröffnet.
- Der kommende Bundestagswahlkampf 2021, wenn die SPD ihn aus der GroKo führen müsste, wird sie weiter in den Abwärtsstrudel reißen.
- Eine personelle Erneuerung der SPD ist mit einer direkten Regierungsbeteiligung unvereinbar, da Kabinetts- und weitere Posten sofort besetzt werden müssten, wofür nur die „alte Garde“ zur Verfügung stünde.

Erst-Unterzeichner der Ennepe-Ruhr Erklärung für Erneuerung

Eberhard Fandrey, Ortsverein Wetter Volmarstein
Sabine Kelm-Schmidt, Ortsverein Hatt ingen Mitte
Prof. Dr. Dietmar Köster, Ortsverein Wetter Wengern
Daniel Pilz, Ortsverein Wetter Wengern
Kirsten Stich, Ortsverein Wetter Volmarstein
Dr. Peter-Christian Zinn, Ortsverein Wetter Wengern

Weitere Unterzeichner

Manfred Mustermann, Ortsverein Musterdorf